

Reinhard Hempelmann

Einführung

In Europa erfahren rechtspopulistische Parteien eine zunehmende Resonanz. Sie verzeichnen beachtliche Wahlergebnisse in zahlreichen Ländern: in Frankreich der Front National (FN), in Großbritannien die United Kingdom Independence Party (UKIP), in Österreich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), in den Niederlanden die Partei für die Freiheit (PVV), in Belgien Vlaams Belang (VB, Flämische Interessen), in Italien die Lega Nord (LN), in Finnland (Wahre Finnen), in Schweden (Schwedendemokraten), in der Slowakei (Slowakische Nationalpartei), ebenso in Estland, Lettland und Litauen. Ungarn und Polen haben rechtspopulistische Regierungen, ein Rückbau demokratischer Prinzipien kann in diesen Ländern beobachtet werden. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Auch in Deutschland können seit den Wahlerfolgen der AfD ein Rechtstrend und eine zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft beobachtet werden.

Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien weisen auf die Krise des europäischen Projektes hin. Sie unterstreichen die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen rechtspopulistischer Bewegungen, ebenso die Aufgabe, den Zusammenhalt der durch zunehmenden religiösen und weltanschaulichen Pluralismus fragmentierten Gesellschaft zu stärken.

In gegenwärtigen Populismuskursen ist es wichtig, Differenzierungen vorzunehmen. Konservativismus und Rechtspopulismus sind zu unterscheiden. Rechtspopulismus sollte nicht gleichgesetzt werden mit Rechtsextremismus oder Rechtsterrorismus. Die ablehnenden Haltungen und Aktionen gegenüber demokratischen Prinzipien haben in pluralistischen Gesellschaften unterschiedliche Gesichter, rechte, linke und islamistische. Sie dürfen – wie immer sie sich artikulieren – nicht verharmlost werden. Sie fordern alle gesellschaftlichen Gruppen heraus, auch die christlichen Kirchen. Die Zahl der gewaltbereiten Anhänger hat in allen Milieus zugenommen, auch wenn Methoden und Ausmaß der Gewaltanwendung differieren. Gemeinsam ist allen die Frontstellung gegen den demokratischen Rechtsstaat. Antizionistische und antisemitische Tendenzen lassen sich in allen drei Ausprägungen beobachten. Die ideologischen Orientierungen sind freilich verschieden.

Populismus ist zunächst ein rhetorisches Stilmittel, das komplexe Sachverhalte vereinfachend darstellt. In einer weiteren Stufe wird die populistische Rhetorik durch inhaltliche Aspekte einer (schwachen) Ideologie ergänzt. Rechtspopulismus als pointierte Ideologie stellt eine weitere, dritte Stufe dar und ist bestimmt durch die Gegenüberstellung von Volk und Elite. Das Volk wird als homogene Gemeinschaft betrachtet, der Volksbegriff hat eine identitätsstiftende Wirkung und ist verbunden mit klaren Abgrenzungen gegen-

über Fremden bzw. Migranten. Insofern ist Rechtspopulismus vor allem durch zwei Merkmale charakterisiert: die Abgrenzung zwischen Volk und Elite und die Abgrenzung zwischen Volk und den Fremden, den Anderen. Weitere Merkmale kommen hinzu bzw. können hinzukommen: europafeindliche Einstellungen, Ethnopluralismus etc.¹

In einer wichtigen Veröffentlichung der Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit dem Titel „Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung“ vom August 2017 werden populistische Politikmuster treffend charakterisiert.

„[Sie] betonen die Differenz zwischen den ‚Eliten‘ und dem ‚eigentlichen Volk‘, das sie und nur sie zu vertreten beanspruchen. Sie stehen dem gesellschaftlichen und politischen Pluralismus grundsätzlich kritisch gegenüber. Mit dem Rekurs auf einen vermeintlichen Volkswillen, dem die politische Willensbildung zu folgen habe, nutzen und unterlaufen sie zugleich die komplexen Verfahren der Aushandlung von Kompromissen, der Machtbegrenzung und Gewaltenteilung. Vielfach leben sie vom Ressentiment und schüren dazu dieses Ressentiment und damit den Ausschluss von Fremden oder Minderheiten. Ihr Terrain und ihre Chance sind der politische Raum, den die demokratischen Parteien nicht mehr abdecken. Sie beanspruchen, den Stimmen Gehör zu geben, die in der ‚etablierten‘ Politik nicht mehr gehört werden“ (24).

Populistische Politikmuster verwenden eine Rhetorik der Exklusion. Die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD empfiehlt der demokratischen Politik, auf Ausgrenzung nicht mit Ausgrenzung zu reagieren und populistischen Positionen die Auseinandersetzung nicht zu verweigern.

„Dabei geht es einerseits darum, die Menschen für demokratische Politik zurückzugewinnen, die populistische Politikmuster für eine plausible Antwort auf ihre Sorgen und Fragen halten. Und es geht andererseits darum, dem Populismus mit Argumenten für bessere Politiken zu begegnen. Dies wird nur durch ein Mehr an Zuhören, Kommunikation und Begegnung gelingen. Die Sprache dieser politischen Auseinandersetzung muss bei aller Komplexität der Probleme verständlich sein und sie darf Emotionen als Quellen und Mittel des Politischen nicht scheuen“ (25).

Mit Recht wird unterstrichen, dass Demokratie auch vom Streit lebt. Heute besteht die Gefahr, dass notwendige Auseinandersetzungen ausbleiben, wenn und weil die politische Meinungsbildung hauptsächlich in „positionell homogenen Teilöffentlichkeiten“ („Echokammern“ oder „separierten Wirklichkeiten“) stattfindet (12). Grenzen

¹ Vgl. dazu Tanja Wolf: Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis, Wiesbaden 2017; Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2017; Everhard Holtmann, Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2018.

der Auseinandersetzung müssen allerdings dort markiert werden, wo Populismus zum Extremismus wird.

„Mit denen, die das demokratische System in seinem Kern angreifen möchten, gilt es nicht, den Dialog zu suchen, sondern ihnen ist entgegenzutreten. Da die Grenzen hier fließend sind, muss bei Gesprächen sehr sorgsam unterschieden werden: zwischen den Sorgen und Ängsten von Menschen, die zur Sprache und in den öffentlichen Raum gebracht werden müssen, und einer in diesem Kontext vorgebrachten, bewussten Grenzüberschreitung, mit der die Grundlagen der politischen Kultur verschoben werden sollen. Die Grenzen des Sich-Einlassens liegen dort, wo physische oder psychische Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung legitimiert wird, wo das Politische durch Ideologien der Ungleichwertigkeit vermessen wird, die auf bestimmte Eigenschaften von Personen zielen (z. B. die Zugehörigkeit zu Volk, Rasse oder Religion sowie geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung), und wo vermeintliche Eindeutigkeiten der Vielfalt und den Machtbegrenzungen der Demokratie entgegengesetzt werden. Allerdings dürfen die Maßnahmen, mit denen den populistischen Akteuren entgegengetreten werden soll, nicht selbst deren Strategie übernehmen“ (26).

Mit solchen Sätzen sind wichtige Hinweise zur Analyse und zum Umgang mit populistischen Bewegungen formuliert. Sie konvergieren mit den Absichten und Anliegen der Beiträge des EZW-Textes 256.

Harald Lamprecht skizziert in seinem ersten Beitrag das breite Spektrum rechtspopulistischer und neurechter Bewegungen. Er zeigt Zusammenhänge und Richtungen auf, ebenso nimmt er Differenzierungen und Begriffserklärungen vor. Der Beitrag von *Liane Bednarz* untersucht die Frage, wie und inwiefern die AFD auch im christlichen Kontext Resonanz gewinnt und an welchen Phänomenen dies beobachtet werden kann. Eine weitere wichtige Stimme zum Thema stellen die Ausführungen von *Ulrich Körtner* dar. Er wirft einen kritischen Blick auf migrationspolitische Perspektiven und Debatten in Österreich und Deutschland und den kirchlichen Umgang mit der AfD. Zwar sei es christlich geboten, gegenüber fremdenfeindlichen Positionen „klare Kante“ zu zeigen. Die richtige Antwort auf die Herabsetzung des Anderen in der rechtspopulistischen Rhetorik könne aber nicht Ausgrenzung sein. Perspektiven zum Multikulturalismus werden unter Bezugnahme von Ruud Koopmans entfaltet.

In dem Beitrag von *Armin Nassehi* wird der Blick nicht nur auf rechtspopulistische Bewegungen, sondern das Populismusphänomen als solches gerichtet. Denn dieses kommt nicht allein im rechten Spektrum vor. Nassehi macht darauf aufmerksam, welche Bedeutung digitale Kommunikationsformen in populistischen Kontexten gewonnen haben und unter welchen Bedingungen populistische Orientierungen wachsen. *Gert Pickels* Überlegungen zeigen auf, inwiefern der Islam Rechtspopulisten oder mit

rechtspopulistischen Parolen arbeitenden Politikern als ein zentrales Feindbild und als Argumentationshilfe für eine auf kulturelle Homogenität ausgerichtete Politik dient. Seinen Ausführungen liegen empirische Befragungen und sozialwissenschaftliche Studien zugrunde.

Eckhard Zemmrich legt das biblische Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe aus und erläutert es im Gegenüber zu Aussagen des Grundsatz- und Wahlprogramms der AfD, ebenso angesichts der grundlegenden Erfahrung des menschlichen Zurückbleibens gegenüber dem universalen Gebot der Nächstenliebe. Die Darlegungen von *Johannes Berthold* deuten die Gottebenbildlichkeit als menschliche Bestimmung und – über den Begriff Würde, die jedem Einzelnen zukommt – als Grundlage für das menschliche Zusammenleben und die Absage an Diskriminierung.

Der abschließende Beitrag von *Harald Lamprecht* analysiert die gesellschaftlichen Polarisierungen zu den Themen Flüchtlingspolitik und Fremdenfeindlichkeit und fragt nach Möglichkeiten der Verständigung und Perspektiven für eine respektvolle Streitkultur.

Der EZW-Text enthält einen Dokumentationsteil. Darin sind zentrale Aussagen in *AfD-Parteiprogrammen* zusammengestellt. *Anette Schultner* nennt in einem im Berliner Tagesspiegel publizierten Interview Gründe für ihren Austritt aus der AfD, der Ende 2017 erfolgte. In der *Zusammenfassung einer sozialetischen Expertise* werden Grundpositionen der AfD mit der katholischen Soziallehre verglichen und bewertet. Dokumentiert werden ebenso auszugsweise die Ergebnisse einer internationalen Konferenz, die 2018 in Berlin unter dem Motto stattfand: „Kirchen als Akteure für Gerechtigkeit und gegen Populismus“.

Allen Autorinnen und Autoren, die ihre Beiträge für diese Veröffentlichung zur Verfügung gestellt haben, danke ich sehr herzlich. Der Dank gilt auch dem Mitherausgeber *Harald Lamprecht*, der das Projekt von Anfang an begleitet hat. Möge dieser Text in politisch bewegten Zeiten zur differenzierten Wahrnehmung und zur notwendigen Kritik an völkischer Freund-Feind-Ideologie beitragen.

Berlin, im September 2018